

### Sozialdemokratischer Parteitag.

#### Scheidemann über Verständigungsfrieden und Vaterlands-Partei.

(Eigener Bericht.)

Würzburg, den 14. Oktober.

Mit einer großen Massenversammlung im großen Saal des Hüttenischen Gartens in Würzburg begannen Sonntag vormittag die Veranstaltungen des diesjährigen Sozialdemokratischen Parteitages, zu dem neben fast sämtlichen Reichstags- und Landtagsabgeordneten der Partei Vertreter von mehr als 30 Reichstagswahlkreisen und auch zahlreiche Frauen erschienen sind. Der Wartesaal erster Klasse des Hauptbahnhofes von Würzburg ist der Würzburger Lokal-Organisation zum Empfang der Gäste eingeräumt worden, und in der ganzen Stadt bringt man dem Parteitag großes Interesse entgegen.

Der geräumige Sitzungssaal des Parteitages ist in den Farben der Stadt Würzburg (rot-weiß) dekoriert. Man vermischt diesmal die sonst übliche Ausschmückung mit sozialistischen Emblemen, Bannern der Führer usw.

Die erste Versammlung des Parteitages wurde namens der sozialdemokratischen Organisation Würzburgs durch deren Vorsitzenden Endres mit Worten der Begrüßung eröffnet. Dann nahm der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Abgeordneter Philipp

Scheidemann

das Wort zu dem Thema:

#### Sozialdemokratie — Verständigungsfrieden — Vaterlands-Partei.

Die sozialdemokratische Partei ist in ganz hervorragender Weise die Partei des Völkerverständens. Gerade weil ihre Aufgabe darin bestand, den Frieden zu sichern, mußte sie die Laktul beachten, die sie stets im Verein mit den Bruderparteien im Ausland eingeschlagen hatte. Die Partei hat vor dem Kriege alle Forderungen, die für Militär und Marine erhoben wurden, abgelehnt. Das haben manche Leute nicht in Einklang bringen können mit der Haltung der Partei nach Ausbruch des Weltkrieges. Ich will zeigen, daß die Vorwürfe, die man in dieser Richtung gegen uns erhebt, unbegründet sind. Die Sozialdemokratie nimmt als Ursprung aller bösen Dinge den Kapitalismus an. Der Kapitalismus hat, verzeihen Sie den Ausdruck, etwas Raubtierartiges an sich. Er ist unerfährlich, er rennt und arbeitet in einem fort, um immer mehr Profit herauszuwickeln. Ihm sind alle Wege recht, die höheren Gewinn und höheren Zins einbringen. Als natürliche Kinder des Kapitalismus haben wir Militarismus und Marinismus zu erblicken. Beide haben wir zu bekämpfen. Aus dem Kapitalismus erwuchs auch die Kolonialpolitik, die wir ebenfalls bekämpfen mußten, weil sie im Verein mit den beiden anderen Dingen uns einer Katastrophe entgegenführte, wenn es nicht gelang, die Gefahren rechtzeitig zu beseitigen. Wir sind überzeugt, daß uns dies gelungen wäre, wenn die Sozialdemokratie in allen Ländern bei Ausbruch des Weltkrieges so stark gewesen wäre, daß sie ausschlaggebend ihre Stimme in die Waagschale hätte werfen können. Allein soweit waren wir damals noch nicht. Kapitalismus und Imperialismus wirkten uns überall entgegen. Jeder Staat drängte nach außen, jeder wollte ein Weltreich werden. England besaß bei Ausbruch des Weltkrieges hundertmal mehr Land als das Mutterland ausmacht, Frankreich etwa zwanzigmal so viel (Hört, hört!). Als Frankreich daran ging, die militärische Dienstzeit zu verlängern, haben wir vereint mit der französischen Sozialdemokratie Flugblätter in beiden Sprachen drucken lassen, um den Völkern zu Gemüte zu führen, was daraus folgen mußte. Wir gingen nach Paris und sprachen über den Frieden, und die Franzosen kamen zu uns. Wir waren darin einig, daß wir keinen Krieg wollten. Unsere feste Überzeugung war:

ein Weltkrieg ist unmöglich,

wenn Deutschland und Frankreich einig sind. Diese beiden auseinandergerissenen Völker einander näherzubringen, war das Bestreben der Sozialdemokratie beider Länder. Ich erinnere an die Berner Konferenz, an der auch bürgerliche Politiker teilnahmen, von sozialdemokratischer Seite Bebel und Jaures. Zu der zweiten Konferenz in Basel kamen bereits Liberale, Zentrumsteute und Lothringer, auch aus Frankreich, herüber. Allein, wir waren kaum zu Hause, als das Serajewoer Attentat verübt wurde und der Krieg ausbrach. In den Augen unserer Gegner sind wir, weil wir den Frieden wollen, eine Partei des Vaterlandsverrats. Dabei haben wir in unserer Partei das weitgehendste Verteidigungsprogramm, die Erziehung des ganzen deutschen Volkes zur Wehrhaftigkeit. In dem Weltkrieg ist ja zu unserer Freude Tatsache geworden, was wir in unserem Programm verlangen, das ganze deutsche Vaterland ohne Ausnahme steht zur Verteidigung bereit. Wir Sozialdemokraten haben stets die militärische Ausbildung des ganzen Volkes verlangt, freilich mit kürzerer Dienstzeit; jetzt wird die Nichtigkeit unserer Forderungen erwiesen, wir sehen die Millionenheere, die sich für Deutschland schlagen. Das, was wir geistigt haben, ist etwas ganz anderes als das Vaterland wehrlos machen. Wir wollen es glücklich machen, Haus und Hof schützen.

Wir haben uns sofort auf die Seite unseres Vaterlandes und Volkes gestellt, weil wir uns sagten, dieses mußte zum Zusammenbruch kommen, wenn die deutschen Arbeiter nicht mitmachten. Bei der Mittelbewilligung haben wir unsere Zustimmung erteilt mit der Erklärung, daß wir solange mitgehen würden, bis das Ziel erreicht sei, bis der Gegner bereit sei, Frieden zu schließen. Nachdem man uns vom Ausland beschimpft und uns Zweideutigkeiten vorgeworfen hat, sind wir dazu übergegangen,

eine förmliche Friedensentschließung

einzubringen. Je mehr wir uns um einen Verständigungsfrieden bemühten, desto mehr erregte sich auf der anderen Seite die Atmosphäre, und ihre Forderungen wurden immer verrückter. Aber auch bei uns. (Heiterkeit und Sehr richtig!) Ich erinnere

nur an den Aufstellungsplan der sechs wirtschaftlichen Verbände. Wir haben dagegen warnend unsere Stimme erhoben, weil wir wußten, wie angenehm den gegnerischen Bemühungen das sein mußte. Trotzdem haben unsere Annegionisten weiter geredet und geschwätzt, und schwächen und schimpfen bis auf den heutigen Tag. Ich habe seinerzeit in einer Auseinandersetzung mit Behrmann Hollweg diesem ausdrücklich erklärt, wenn er sich etwa dem Standpunkt des Grafen Westarp nähern sollte, er so freundlich sein möchte, diesen Weltkrieg mit dem Herrn Grafen allein auszufechten. (Sehr richtig!)

Der schlimmste Vertreter der Annegionisten ist aber Graf Reventlow.

Er ist fast nur noch pathologisch zu nehmen. Es ist jedenfalls pathologisch, eine Politik zu vertreten, die auch angesichts der heutigen Lage noch immer von Eroberung und Entschädigung redet. Wir sehen, wie die Kriegstreiber in allen Ländern verfahren. Durch solche Schwächeren führt man nur Wasser auf die Mühlen der Lloyd George und der englischen und französischen Kriegshetzer, und umgekehrt. Das ist eine Politik der Torheit. (Zustimmung.)

Eine Jahrzehnte lange Niederwerfung der deutschen Industrie und des deutschen Handels würde eine langdauernde

#### Bereitendung des deutschen Arbeiterstandes

bedeuten. Daher liegt es im Interesse Deutschlands, vor allem ganz besonders der deutschen Arbeiterschaft, daß Deutschland nicht niedergedrungen wird. (Stürm. Beifall.) Was aber wollen die Feinde? Von einem Frieden um jeden Preis zu sprechen, ist selbstverständlich ein Verbrechen. Es hieße das, das Elend zu verlängern auf unabsehbare Zeit, ja es zu verewigen. Die deutsche Regierung hat sich in eine Sackgasse verrannt. Aber gerade, weil wir das erkannt haben, daß sie nicht mehr führen kann, um so stärker muß uns daran liegen, zu führen und den Friedensgedanken zu fördern. Es würde uns natürlich nichts nützen, zu versuchen, Poincaré und Lloyd George von unserer Ansicht zu überzeugen. Warum legen sie den Krieg fort? Weil sie nicht wissen, daß dieser Krieg zu Ende gehen kann, ohne daß Frankreich irgendwie vergewaltigt wird. Belgien soll Belgien, Frankreich Frankreich und was deutsch ist, soll deutsch bleiben. Aber warum verständigen sie sich trotzdem nicht mit uns? Weil die Presse in Frankreich noch bedeutend schlechter ist als bei uns. Weil man drüben keine gute sozialistische Presse hat, wie sie vorbildlich bei uns besteht. Man kommt an das Volk mit der Aufklärung nicht heran. In England gibt es überhaupt kein Parteiblatt. So können wir von außen versuchen, an sie heranzukommen. In diesem Sinne wollen wir weiter arbeiten, aber dabei klar erklären: wir schließen den Frieden, sobald es irgend möglich ist. Unter diesen Umständen begrüßten wir von Herzen die Möglichkeit, in Stockholm uns Auge in Auge mit unseren Genossen darüber auszusprechen, was zu geschehen hat. Aber unsere Gegner begegneten diesem Vorschlag mit großer Furcht und erwiderten den Konferenzvorschlag mit Hohn. Wir hegen trotzdem die Hoffnung, daß es doch noch zu einem Verständigungsfrieden kommt. (Hört, hört!)

Wir wollen im Verein mit der Reichstagsmehrheit eine Verhinderung der Völkerherbeiführungen, daß jeder Vergeltungskrieg unterbleibt. Unsere Pflicht ist es, daß wir keinen Staatsmann auch nur einen Tag länger dulden, der von dieser Nichtschwur abweichen wollte. Scheidemanns Hunger-, Schmach- und Schacherfrieden hat sich jetzt zu einem Erzbergerischen Hunger-, Schmach- und Schacherfrieden umgewandelt. Das ist eine Gefahr, die wir nicht scharf genug bekämpfen können. Was heißt Verzichtsfrieden? Wir wollen nicht verzichten auf das, was uns gehört,

nicht auf einen Geviertfuß deutschen Bodens.

Wir verzichten nur auf das, was anderen gehört und anderen ebenso heilig ist, wie uns das Unserige. Jede Annexion würde zu einem Neuannektionen Veranlassung geben. In diesem Sinne haben schon die Sozialisten 1871 dagegen protestiert, daß wir Elsaß-Lothringen nehmen. Aber wenn wir von solchen geschichtlich gewordenen Vorgängen reden und Elsaß-Lothringen und Belgien miteinander vergleichen, tritt der Uninn zutage, der von den Franzosen begangen wird, wenn sie von Elsaß-Lothringen reden. Sie müssen berücksichtigen, daß es sich um ein zu neun Zehntel deutsches Land handelt, und daß die Verhältnisse heut ganz anders liegen. Wir verlangen durch den Verständigungsfrieden für Deutschland die territoriale Unversehrtheit, die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit und die Freiheit der Meere. Ohne die nötige Bewegungsfreiheit würde Deutschland ersticken. Da sagen die Herren von der Vaterlands-Partei: das haben wir ohnehin, wir haben noch viel mehr, Belgien, Serbien, Litauen, Kurland usw.

Unsere Söhne und Brüder kämpfen nicht dafür, daß das Dreiklassenwahlrecht beibehalten wird, daß das Recht der Geburt entscheidend ist bei der Stellenbesetzung usw. Wir wollen ein Deutschland des Rechts und der politischen Freiheit, das aber wollen die Herren von der Vaterlands-Partei nicht! Deshalb stellen sich heute Leute wie Tirpitz und andere Männer aus dem Volke (Heiterkeit) hin und verlangen die Verlängerung des Krieges. Wer sie unterstützt, unterstützt die Reaktion in Deutschland. Wir haben Gelegenheit gehabt, zwei Staatsmänner zu beobachten: Behrmann Hollweg, der mit seiner zaudernden Politik nicht wagt, sich auf eine bestimmte Partei zu stützen. Trotzdem ist es ihm gelungen, nach außen das Bild der deutschen Einheit zu schaffen. Es scheint, daß dieser Staatsmann die Zeichen der Zeit erkannt, aber nicht den Mut hatte, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Wir sind es ihm schuldig, auszusprechen, daß er sich einen guten Abgang verschafft hat. Die Verkündigung des allgemeinen Wahlrechts war eine Tat, die wir ihm danken können. Wir können nur bedauern, daß er mit dem halben Duzend Minister, das er stürzte, nicht gleich das Duzend voll machte. (Heiterkeit.)

Sein Nachfolger heißt Michaelis. Er war für die gesamte Volksovertretung ein vollkommen neuer Mann, niemand war gefragt worden. D. h., einer wird schon gefragt worden sein. (Heiterkeit.) Kurz und gut, man wußte nichts von ihm, und es gab Hoffnung in der Bevölkerung. Heute, nach einigen Wochen, ist das klar:

Michaelis ist eine Unmöglichkeit.

Er mag seine großen Verdienste in allen kaiserlichen Ämtern gehabt haben, aber er eignet sich nicht zum Kanzlerposten, nicht zur Leitung eines 70-Millionen-Volkes. Wir brauchen das parlamentarische System. Wer hat Michaelis empfohlen? Kein Mensch weiß, woher und weshalb; er war an einem Tage plötzlich da. Die Dinge müssen anders werden, das Reich muß zur Demokratisierung kommen. Jetzt ist ein Mann da, der uns führen will und nicht weiß, wie man die Führung in die Hand nimmt, ein Bild der Zerfahrenheit. Man spricht freilich davon, daß Herr v. Capelle zum Opfer gebracht werden wird. Es handelt sich um eine Person, die bei allen beliebt war, die mit ihm zusammenarbeiten mußten. Aber jedes politische Gefühl fehlt ihm. Er hat eine Sache aufgegriffen, die ihn unfähig macht. Er erbob Vorwürfe gegen Abgeordnete, deren Unfähigkeit sich bereits vorher erwiesen hatte. Also Capelle wird gehen, aber wann geht Michaelis? Die Dinge, die sich an den Namen Capelle knüpfen, können leider nicht öffentlich erörtert werden. Die Sachen sind so gelagert, daß, wenn man Personen wegen ähnlicher Dinge sassen wollte, man gleich 300 Personen hätte herausgreifen müssen. Täglich kommen Soldaten zu uns und beschweren sich, und wir haben ein eigenes Büro zur Bearbeitung dieser Beschwerden eingerichtet. Das gehört zu den Aufgaben der Partei. Die Hauptsache ist, nicht darüber schreiben und nicht darüber schreiben, sondern die Missetaten zu bekämpfen. Das Ausland hört hier auf jedes Wort, deshalb dürfen diese Dinge nicht öffentlich erörtert werden,